



ARBEITSGEMEINSCHAFT KATHOLISCHER VERBÄNDE ÖSTERREICHS - AKV

Generalversammlung am 9. Dezember 2015

ANTRAG: BILDUNGSPOLITIK

"Ja zu den Ergebnissen der Bildungsreformkommission der Bundesregierung. Nein zur Abschaffung der gesetzlich verankerten Mitbestimmungsrechte der Schulpartner."

Am 17.11.2015 präsentierte die Bundesregierung die Ergebnisse der seit Monaten tagenden Bildungsreformkommission.

Die Vorschläge der Bildungsreformkommission enthalten viele sinnvolle Festlegungen für Maßnahmen, die mehrheitsfähig und umsetzbar sind. Ein "Bildungskompass" für alle Kinder mit 3,5 Jahren, Deutsch vor Schulbeginn, ein zweites "fast" verpflichtendes Kindergartenjahr für jene Kinder, die es auch wirklich brauchen, zusätzliche Sprachkurse zur Verbesserung der Deutschkenntnisse, Forcierung der Grundkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen in der Volksschule und Verbesserungen in der Ausbildung der Kindergartenpädagogen sind richtige und wichtige Ansätze.

Die AKV fordert allerdings, dass die dafür notwendigen zusätzlichen Geldmittel auch bereitgestellt werden. Derzeit sind viele Punkte unter Finanzierungsvorbehalt, das Finanzministerium geht sogar von Einsparungseffekten durch die Bildungsreform aus!

Ablehnend steht die AKV der Abschaffung der gesetzlich verankerten Mitbestimmungsrechte von Schülern, Eltern und Lehrern (Schulpartner) bei der Einführung der sogenannten Gesamtschulmodelle gegenüber. Offenbar sollen diese Mitbestimmungsrechte beseitigt werden, weil bisher jeder Versuch, eine Gesamtschule zu etablieren, am Widerstand der betroffenen Schulpartner gescheitert ist. Dies stellt einen klaren Verstoß gegen die im Schulgesetz festgelegten Mitwirkungsrechte der Schulpartner dar.

Schulen sollen ohne Zwang selbst über Teilnahme entscheiden können!

Die Forderung der AKV ist klar: Die Einbeziehung einer Schule in eine Modellregion kann und darf es in Österreich nur dann geben, wenn die betroffenen Schüler, Eltern und Lehrer das mit den gesetzlich verankerten Mehrheiten auch wünschen.

Eine Bildungspolitik, die das Schulwesen in eine erfolgreiche Zukunft führen möchte, darf die Schulpartner nicht entmündigen, sondern muss deren Mitbestimmungsrechte ausbauen!

Aufrecht bleibt die Forderung der AKV, dass in ganz Österreich für Eltern die Wahlmöglichkeit bestehen bleiben muss, ob ihr Kind die Neue Mittelschule oder das Gymnasium besucht.

In diesem Zusammenhang fordert die AKV den Ausbau bestehender und die Errichtung neuer Gymnasien insbesondere in Gegenden mit überdurchschnittlichem Bevölkerungszuwachs (z.B. In städtischen Neubauregionen wie Wien-Aspern) und in jenen Bezirken, wo es noch kein AHS-Angebot gibt. Allen Eltern und ihren Kindern sollen diese Wahlmöglichkeit eröffnet und die gleichen Chancen zum Besuch eines Gymnasiums gegeben werden.